

Mit offenen Karten

von Reiner Bernstein¹

Frank-Walter Steinmeier hat vor dem jüngsten informellen EU-Außenministertreffen in Mailand von Wladimir Putin verlangt, endlich seine politischen Pläne zur Ost-Ukraine auf den Tisch zu legen. Vor drei Jahren äußerte in Tel Aviv ein hoher Vertreter der israelisch-palästinensischen „Genfer Initiative“ mir gegenüber die ähnliche Bitte: Könnte ich in Berlin darum bitten, bei Benjamin Netanjahu darauf hinzuwirken, dass dieser endlich seine Absichten vorlege? Dahinter stand der Verdacht, dass er mit der internationalen Diplomatie Katz und Maus spielt.

Im Nahen und Mittleren Osten droht das Ende der nach dem Ersten Weltkrieg etablierten organisierten Sicherheitsstrukturen mit unabsehbaren Folgen für Millionen Menschen. Der Flächenbrand wird vor Israelis und Palästinensern nicht haltmachen und zusätzlich destabilisierend wirken. Die Briten und der Völkerbund hatten bereits 1922 aus zionistischer Sicht den Keim für die Konfrontation gelegt, als sie zwar *„die historische Verbindung des jüdischen Volkes mit Palästina und ... die Grundlagen für die Wiederherstellung seiner nationalen Heimstätte in jenem Land“* proklamierten, doch dessen ungeachtet im Osten des Mandatsgebiets das Emirat Transjordanien etablierten.

Nach 1967 brach der Streit über die Besitzansprüche jenseits des Jordans voll aus, als namhafte Völkerrechtler und Juristen aus Israel die damalige Teilung des Mandatsgebiets als Unrecht am jüdischen

¹ Abgeschlossen am 06. September 2014. Die englische Fassung „Cards on the table!“ findet sich in dermenüleiste “Veröffentlichungen” dieser Homepage. Vgl. dazu „Den Status quo im israelisch-palästinensischen Konflikt überwinden: Ein Appell an die westliche Diplomatie“ in der Menüleiste „Interviews und Erklärungen“ dieser Homepage.

Besitztitel bezeichneten und den aktuellen Verzicht als großes politisches Entgegenkommen priesen, dem keine weiteren Opfer folgen dürften. So behalten sich die israelischen Regierungen die volle politisch-strategische Souveränität über die gesamte Westbank vor und vermeiden es, Abmachungen und Vereinbarungen mit einem Zieldatum zu versehen. Mit der Darstellung, dass der Soldat Hadar Goldin am 01. August bei Rafah „entführt“ worden sei, sollte die israelische Version von der Hoheitsgewalt auch über den Gazastreifen belegt werden.

Der ethnisch-religiösen Besitzstandswahrung hat vor kurzem einer der wichtigsten Vertreter des nationalreligiösen Flügels der Siedlerbewegung, Reservegeneral Efi „Zambish“ Eitam, die Forderung entgegengesetzt, „Judäa und Samaria“ förmlich zu annektieren – und im Gegenzug den Palästinensern künftig die Besatzung zu ersparen und ihnen alle staatsbürgerlichen Privilegien einschließlich des Wahlrechts zuzuerkennen. Vor einem binationalen Staat, so sein Credo „*um des Friedens willen*“, habe er keine Angst¹.

Dagegen hatte 2012 Sari Nusseibeh – jedenfalls zunächst – auf die volle politische Mitwirkung seiner Landsleute in einem vereinten Palästina verzichten wollen². Mit seiner Einlassung hat Eitam den einheimischen Debatten um die „demographische Gefahr“, hinter der Palästinensern wegen ihrer Geburtenüberschüsse eine Chance wittern, eine Absage erteilt.

„Staatsräson-67“ oder Einheit in Vielfalt?

Die sichere Existenz Israels gehört zur deutschen Staatsräson. Als Angela Merkel im März 2008 ihr einschlägiges Versprechen vor der Knesset abgab, ließ sie Beschränkungen außer Acht, die sich verfassungsrechtlich, aus dem Zustimmungsvorbehalt des Bundestages und aus bündnispolitischen Restriktionen ergeben. Da

Jerusalem seinerseits selbst im Falle der realen Existenzgefährdung nicht an einem robusten Mandat des UN-Sicherheitsrat gelegen ist, das eigene Handlungsoptionen beeinträchtigen würde, und Netanjahu mit seinen Gefolgsleuten offen auf den „jüdischen Staat“³ bis zum Jordan zusteuert, steht die Berliner Politik düpiert vor den Scherben einer Fehleinschätzung. Während hier die Rede vom „Friedensprozess“ obwaltet, ist sie dort längst der Saga von einem „politischen Prozess“ gewichen – eine Kehrtwendung ums Ganze.

Eine neue Erzählung von der Staatsräson würde sich mehrfachen Abwägungen stellen müssen:

1. Enden ihre Verpflichtungen zur Sicherheit Israels an der Grenze von 1967?
2. Wie sollen die nationalen und die individuellen Rechte der Palästinenser vor einem fremden Zugriff geschützt werden, wenn die Bedingtheit von 1967 entfällt?
3. Nimmt sich die Staatsräson in die Pflicht, dass auf jenen 26.000 Quadratkilometern Juden und Araber, Israelis und Palästinenser lernen müssen, zusammenzuleben?
4. Ohne Regelungen für Jerusalem ist alles nichts. Hier bündeln sich alle Widerstände gegen und alle Chancen für eine koexistentielle Toleranz des Leben und Leben-Lassens. Die palästinensischen und israelischen Autoren der „Genfer Initiative“ wussten, warum sie in 13 Kapiteln die Prinzipien der „Clinton-Parameter“ vom Dezember 2000 und der „Arabischen Friedensinitiative“ vom März 2002 weit hinter sich ließen – ganz zu schweigen von der „Road Map“ des Nahost-Quartetts einen Monate später.

Zu fragen ist also, ob die internationale Diplomatie tatsächlich ihr Gesicht verlieren würde, wenn sie künftig ihr Augenmerk vermehrt

auf die territoriale Einheit im historischen Palästina bei multikultureller und multiethnischer Vielfalt legt. Schon die neue politische Agenda unter den arabischen Staatsbürgern legt die tiefen Risse offen, die in die Westbank und nach Ost-Jerusalem verschärft ausgreifen.

Bleibt es hingegen beim Ziel der Zwei-Staaten-Lösung, ist die Aufwertung der Palästinensischen Mission in Berlin in eine Botschaft die politisch logische Konsequenz. Die Bundesregierung kann dann nicht länger auf dem Argument beharren, dass Palästina bei den Vereinten Nationen bislang nur als a „Non-member observer State“ firmiert.

Auf der Kippe und die Mauer im eigenen Kopf

Wenn nach dem Scheitern neuer Verhandlungen Ableger der „Al-Nour“-Milizen und des „Islamischen Staates“ in die palästinensischen Gebiete einziehen sollten, ist die vielbeschworene Sicherheit Europas ernsthaft bedroht. Dagegen bietet die Aufhebung der Blockade durch Israel – der auch Ägypten im Süden des Gazastreifens folgen muss – eine Brücke zur politischen Pluralisierung im „ Hamas“-Gefüge.

Ein militärischer Eskalationsautomatismus kann auch nicht im Interesse der Berliner Diplomatie liegen. Deshalb reicht es nicht, eine neu aufgelegte „European Union Border Assistance Mission“ mit der Gewährleistung der Sicherheit Israels zu betrauen, wenn es für die Palästinenser bei der Aufhebung ihrer Einschränkungen bleiben soll. EUBAM kann wichtige Funktionen einnehmen, wenn sich das definitive Ende des politischen Konflikts abzeichnet.

Beim Besuch im Libanon im Mai 2009 hat uns ein hochrangiger Repräsentant der „Hisbollah“ auf Nachfrage erklärt, dass eine

Zweistaatenregelung allein Sache der Israelis und Palästinenser sei. Inzwischen ist zu befürchten, dass diese Zusage überholt ist – ein Grund mehr, mit diplomatischem Gewicht für ein konfliktarmes Zusammenleben beider Völker im historischen Palästina zu werben. Dabei ist die Beteiligung der internationalen Hilfsorganisationen wie der deutschen „Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ)“ mit ihren Beziehungen in beide Zivilgesellschaften hinein unverzichtbar.

¹ Dazu Efi Eitam's Plädoyer „Um des Friedens willen die palästinensischen Gebiete annektieren“ via http://www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge_berichte/Eitam-Annexion_28.08.14.pdf sowie „Bestens vernetzt – Erzählung aus Israels Rechtsstaatsnarrativ“ via http://www.reiner-bernstein.de/pdf/veroeffentlichung/B-Zambish_26.05.13.pdf.

² Sari Nusseibeh: Ein Staat Palästina? Plädoyer für eine Zivilgesellschaft in Nahost. München 2012, via http://www.reiner-bernstein.de/genferinitiative/ge_rezensionen/Rezensionen-193-Nusseibeh.pdf.

³ Dazu mein Kommentar „Das westliche Missverständnis: Eretz Israel oder jüdischer Staat?“ via http://www.reiner-bernstein.de/pdf/veroeffentlichung/B-Juedischer%20Staat_28.03.14.pdf.

.....